

Mitteilungsblatt Nr. 168

**Studien- und Prüfungsordnung für den
weiterbildenden Masterstudiengang Gerontologie
an der Hochschule Lausitz (FH)**

veröffentlicht am 17. März 2009

**Studien- und Prüfungsordnung für den
weiterbildenden Masterstudiengang Gerontologie
an der Hochschule Lausitz (FH)**

Inhaltsübersicht

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Art und Form des Masterstudiengangs
- § 3 Ziele des Studiums
- § 4 Studienbeginn
- § 5 Zulassungsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren
- § 6 Studiendauer, -organisation und -ablauf
- § 7 Lehrformen
- § 8 Prüfungsausschuss
- § 9 Prüfende und Gutachter
- § 10 Prüfungsorganisation und -aufbau
- § 11 Arten der studienbegleitenden Prüfungsleistungen
- § 12 Mündliche studienbegleitende Prüfungsleistungen
- § 13 Schriftliche studienbegleitende Prüfungsleistungen
- § 14 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen
- § 15 Zulassung zur Masterprüfung
- § 16 Masterprüfung
- § 17 Masterkolloquium
- § 18 Schriftliche Masterarbeit
- § 19 Mündliche Präsentation der schriftlichen Masterarbeit
- § 20 Bewertung der Prüfungsleistungen, Bestehen/Nichtbestehen
- § 21 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 22 Wiederholung von Prüfungsleistungen
- § 23 Ungültigkeit der Abschlussprüfung
- § 24 Zeugnis
- § 25 Urkunde
- § 26 Zertifikat
- § 27 Modulbescheinigung
- § 28 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 29 Inkrafttreten

Anlage 1 und 2 zur Studienordnung Masterstudiengang „Gerontologie“

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Studien- und Prüfungsordnung gilt für den weiterbildenden Masterstudiengang Gerontologie an der Hochschule Lausitz (FH).

§ 2 Art und Form des Masterstudiengangs

(1) Der Masterstudiengang baut auf einem ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss auf und vermittelt zusätzliche wissenschaftliche und berufspraktische Qualifikationen im gerontologischen Bereich an Absolventinnen und Absolventen, die gemäß § 23 Abs. 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) in der Fassung vom 18.12.2008 die für die Teilnahme am Masterstudiengang erforderliche Eignung im Beruf oder auf andere Weise erworben haben; das Studium trägt insofern den Charakter eines weiterbildenden Studiums und hat ein stärker anwendungsorientiertes Profil.

(2) Das Studium ist so angelegt, dass es berufsbegleitend mit einer Teilzeitbeschäftigung von ca. 50 Prozent wahrgenommen werden kann.

(3) Für die Teilnahme am Weiterbildungsstudium werden Entgelte gemäß der „Gebührensatzung für die Hochschule Lausitz (FH)“ und entsprechend den Absprachen erhoben, welche die Hochschule Lausitz (FH) in dieser Hinsicht mit der kooperierenden Weiterbildungseinrichtung trifft und bekannt gibt.

§ 3 Ziele des Studiums

(1) Der Masterstudiengang verfolgt eine professionelle Qualifizierung in Gerontologie, indem die wissenschaftlichen und arbeitsfeldbezogenen Dimensionen des Gebietes interdisziplinär bearbeitet werden.

(2) Er richtet sich insbesondere an Berufstätige mit einem ersten Hochschulabschluss, um die für die demographische Veränderung notwendigen Kenntnisse und Handlungskonzepte in verschiedenen Berufsfeldern zu verankern.

(3) Mit dem Masterstudiengang sollen Absolventinnen und Absolventen in der Lage sein

(a) ihr Wissen und Verständnis auch bei neuen unbekannten Aufgaben in komplexen, interdisziplinär angelegten Arbeitsfeldern einzusetzen und Weiterentwicklungen anzustoßen

- gesellschaftlich notwendige (Weiter)Entwicklung von Strukturen und Inhalten zu erkennen und voranzutreiben
- Bedarfe und Bedürfniszustände zu analysieren
- Projekte zu entwickeln, durchzuführen und zu evaluieren

(b) ihr Wissen kontinuierlich zu aktualisieren und neue wissenschaftliche Erkenntnisse auf den jeweiligen Praxiskontext zu beziehen und für Veränderungen in der Praxis zu nutzen sowie Innovationen zu implementieren

(c) ihre fachliche Position gegenüber der Öffentlichkeit und anderen Berufsgruppen zu vertreten, zu erörtern sowie ihre Analyse- und Projektergebnisse zu veröffentlichen

(d) mit anderen Berufsgruppen zu kooperieren sowie alltagsweltliche Erfahrungen betroffener Zielgruppen wahrzunehmen und zu integrieren.

(4) Das Studium führt zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss mit dem akademischen Grad „Master of Arts“ (M.A.).

(5) Alternativ ist der Erwerb von Zertifikaten für einzelne Module möglich.

§ 4 Studienbeginn

Das Studium beginnt in der Regel zum Sommersemester, sofern mindestens 15 geeignete Bewerber von der Kommission zur Eignungsfeststellung ausgewählt werden konnten und nicht andere, abweichende Festlegungen vom Fachbereichsrat Sozialwesen getroffen werden.

§ 5 Zulassungsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren

(1) Es werden pro Zulassungsverfahren bis zu 30 Bewerberinnen und Bewerber zugelassen, die fristgerecht den Nachweis eines erfolgreich abgeschlossenen Hochschulstudiums im Studiengang Soziale Arbeit oder einem anderen Studiengang erbringen, der in einem nachvollziehbaren Zusammenhang mit den Zielen dieses Masterstudiums und seiner Forschungs- und Handlungsfelder steht (z.B. Sozialwissenschaften, Erziehungswissenschaften, Pflegewissenschaften, Betriebswirtschaftslehre, Architektur, Verwaltungswissenschaften)

sowie

(a) eine nach dem berufsqualifizierenden Hochschulabschluss abgeleistete, mindestens einjährige Berufstätigkeit im sozialwissenschaftlichen, gesundheitswissenschaftlichen bzw. erziehungswissenschaftlichen Bereich nachweisen

oder

(b) beim Nachweis eines anderen Hochschulabschlusses i.d.R. eine mindestens dreijährige Berufstätigkeit dokumentieren;

und

(c) bei Antrag auf Ausnahme für a) und b) neben dem Hochschulabschluss passende praktische Tätigkeiten, Projekte, Praktika u.ä. in angemessenem Umfang nachweisen und dokumentieren, die jedoch i.d.R. 50% der geforderten Zeit der Berufstätigkeit nicht überschreiten sollen;

(d) bei der Eignungsfeststellung nach Maßgabe der Anlage 1 das Ergebnis „aufgenommen“ erreichen.

§ 6 Studiendauer, -organisation und -ablauf

(1) Die Regelstudienzeit des Masterstudiengangs Gerontologie beträgt fünf Semester.

(2) Das Studium gliedert sich in

(a) vier Studiensemester in Teilzeitform.

(b) ein Prüfungssemester, in dem das Forschungsdesign der Masterarbeit im Kolloquium diskutiert, die Masterarbeit erstellt und in einer öffentlichen Prüfung präsentiert wird.

(3) Das Studium umfasst 90 Leistungspunkte, die in Selbst-, Projekt - und Präsenzstudium zu erbringen sind.

(4) Das Studienangebot ist modularisiert. Die Organisation des Studienablaufs, die Leistungspunkteverteilung sowie die zu erbringenden Prüfungsleistungen werden durch den Studien- und Prüfungsplan gemäß Anlage 2 geregelt.

(5) Das Projektstudium ist in zwei Projektmodule aufgeteilt und kann in die während des Studiums ausgeübte Berufstätigkeit integriert werden. Projektsupervision und Intervision sind Bestandteil der Projektmodule.

§ 7 Lehrformen

In jedem Modul werden in der Regel Studieninhalte in unterschiedlichen Lehrformen angeboten. Dabei handelt es sich insbesondere um folgende Formen:

- a) Vorlesung
In der Vorlesung werden Grund- und Vertiefungswissen sowie methodische Kenntnisse vermittelt.
- b) Seminar
Im Seminar werden Handlungskonzepte und Erfahrungswissen auf dem Hintergrund von empirischer Forschung, Modellen und Theorien reflektiert sowie exemplarisch komplexe Problemstellungen auf wissenschaftlicher Grundlage und anwendungsbezogen selbstständig aufgearbeitet.
- c) Übung
Berufspraktische Kenntnisse und Fähigkeiten werden durch Bearbeitung praktischer Aufgaben erworben, geübt und vertieft.
- d) Training
Das Training dient der Einübung von beruflich erforderlichen Techniken und Methoden in Kleingruppen.
- e) Exkursion
Die Exkursion dient der vertieften Auseinandersetzung mit speziellen Fragen in einem gerontologischen Praxisfeld.
- f) Praxisprojekte
Praxisprojekte erfordern die Umsetzung gerontologischer Erkenntnisse in Arbeitszusammenhänge der Studierenden (in Einzel- oder Kleingruppenarbeit). Der Prozess wird durch Projektsupervision und Projekttag begleitet und durch Intervention ergänzt.
- g) Intervention
Die Intervention ist ein kollegialer Austausch der Studierenden, in der Regel in Kleingruppen, der der gegenseitigen Problembearbeitung, Beratung und Kompetenzstärkung dient.

§ 8 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen sowie die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein Prüfungsausschuss für den Masterstudiengang Gerontologie bestellt. Der Prüfungsausschuss ist ein unabhängig agierendes Organ des Fachbereiches Sozialwesen. Der Prüfungsausschuss besteht aus dem/der Vorsitzenden, zwei weiteren Mitgliedern der Gruppe der Professoren/Professorinnen, einem Mitglied der Gruppe der akademischen Mitarbeiter/innen und einem Mitglied aus dem Kreis der Studierenden des Studiengangs Gerontologie. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fachbereichsrat auf Vorschlag der jeweiligen Gruppe gewählt und von der Dekanin oder dem Dekan bestellt. Aus der Mitte der Professorinnen und Professoren im Prüfungsausschuss wird vom Fachbereichsrat zugleich die oder der Vorsitzende und die oder der stellvertretende Vorsitzende gewählt und von der Dekanin oder dem Dekan bestellt. Die Amtszeit des/der Studierenden beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder zwei Jahre. Vorzeitig ausgeschiedene Mitglieder werden durch Nachwahl für den Rest der Amtszeit ersetzt. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der/dem Vorsitzende/n oder Stellvertreter/in ein/e weitere/r Professor/in des Masterstudiengangs Gerontologie sowie mindestens ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied anwesend sind, wobei die anwesenden Professor/innen in der Mehrheit sein müssen. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der/des Vorsitzenden. Das studentische Mitglied wirkt bei Entscheidungen über die Bewertung von Studien- und Prüfungsleistungen und deren mögliche Anrechnung nicht mit.

(3) Der Prüfungsausschuss gewährleistet, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden.

(4) Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein. Ausgenommen sind studentische Mitglieder, die sich im laufenden Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung zu unterziehen haben.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit oder sind durch den/die Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) Der Prüfungsausschuss kann die Wahrnehmung von Aufgaben widerruflich der/dem Vorsitzenden oder seiner Stellvertretung zur Erledigung übertragen.

§ 9

Prüfende und sachkundige Beisitzer

- (1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden und die sachkundigen Beisitzer. Prüfende sind die Lehrenden des Studiengangs. Zu sachkundigen Beisitzern dürfen Professorinnen und Professoren, akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, soweit sie Lehraufgaben leisten, Lehrbeauftragte und in der beruflichen Praxis sowie in der Ausbildung erfahrene Personen, die mindestens selbst die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen, bestellt werden. Die Prüfenden sind in ihrer Tätigkeit unabhängig.
- (2) Die Prüfungskandidatin bzw. der -kandidat hat das Recht Prüfende vorzuschlagen, deren Einverständnis jedoch vorliegen muss. Der Prüfungsausschuss entspricht dem Vorschlag nach Möglichkeit.
- (3) Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfungen aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel eines Prüfenden ist zulässig. Scheidet ein prüfungsberechtigtes Mitglied aus der Hochschule aus, so bleibt die Prüfungsberechtigung zwei Jahre erhalten, sofern nicht gewichtige Gründe dagegen sprechen.
- (4) Die Prüfenden und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit.

§ 10

Prüfungsorganisation und –aufbau

- (1) Die Belegung eines Moduls dient gleichermaßen als Anmeldung zur Prüfungsleistung in diesem Modul. Bei Abweichung hiervon gilt § 21 Absatz 2. Der/die Studierende muss anzeigen, wenn diese Prüfungsleistung von ihm / ihr an einer anderen Hochschule bestanden oder nicht bestanden wurde.
- (2) Für jeden Prüfungsbereich werden nach Maßgabe des jeweiligen Semesterverlaufsplanes zu Beginn jeden Semesters entsprechende Prüfungszeiträume bekannt gegeben.
- (3) Die Prüflinge haben sich auf Verlangen der/des Prüfenden oder Aufsichtsführenden mit dem Studentenausweis oder einem anderen amtlichen Ausweis auszuweisen.
- (4) Die Prüfungen im Masterstudiengang Gerontologie bestehen aus
a) studienbegleitenden Prüfungsleistungen
und der
b) Masterprüfung gemäß der §§ 16 – 19.
- (5) Für ein Modul können eine oder mehrere studienbegleitende Prüfungsleistungen erforderlich sein, die zu einer Modulnote führen. Eine Prüfungsleistung ist bestanden, wenn sie mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurde.
In der Anlage 2 sind die zu jedem Modul nachzuweisenden Leistungspunkte und Prüfungsformen benannt.
- (6) Gegenstand einer Prüfungsleistung sind die Inhalte des zugehörigen Moduls.
- (7) Anträge an den Prüfungsausschuss müssen von den Studierenden schriftlich in Papierform eingereicht werden.

§ 11

Arten der studienbegleitenden Prüfungsleistungen

- (1) Prüfungsleistungen finden studienbegleitend statt. Prüfungsleistungen sind:
a) mündliche Prüfungsleistungen gemäß § 12
b) schriftliche Prüfungsleistungen gemäß § 13.

(2) Die Form und die Bearbeitungszeit der abzulegenden Prüfungsleistungen und Prüfungsteilleistungen legen die Prüfenden mit Beginn der Veranstaltung fest; die Studierenden werden entsprechend informiert.

(3) Macht der/die Studierende glaubhaft, dass er/sie wegen länger andauernder oder ständiger wesentlicher Behinderung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so wird ihm/ihr gestattet, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Die Vorlage eines ärztlichen Attestes ist dazu notwendig.

§ 12

Mündliche studienbegleitende Prüfungsleistungen

(1) In mündlichen Prüfungsleistungen weisen die Studierenden nach, dass sie über Grundlagenwissen verfügen, Zusammenhänge erkennen und darüber hinaus spezielle Fragestellungen in gerontologische Zusammenhänge einzuordnen vermögen.

(2) Als mündliche Prüfungsleistungen gelten: Prüfungsgespräche, Kolloquien, Vorträge und andere adäquate Formen.

(3) Mündliche Prüfungsleistungen werden vor mindestens zwei Prüfenden (Kollegialprüfung) oder vor einer oder einem Prüfenden in Gegenwart einer oder eines sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung abgelegt. Die Bewertung erfolgt analog §20,1-3. An Gruppenprüfungen dürfen maximal drei Studierende teilnehmen.

(4) Mündliche Prüfungen dauern in der Regel mindestens 15, höchstens jedoch 45 Minuten je Studierender oder Studierendem.

(5) Die wesentlichen Inhalte und Ergebnisse der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll (bei Gruppenprüfungen jeweils für die einzelnen Studierenden) festzuhalten. Das Ergebnis ist den Studierenden im Anschluss an die mündliche Prüfungsleistung bekannt zu geben.

§ 13

Schriftliche studienbegleitende Prüfungsleistungen

(1) In schriftlichen Prüfungsleistungen weisen die Studierenden nach, dass sie in begrenzter Zeit Fachwissen darlegen und Aufgaben und Themen mit wissenschaftlichen und professionellen Methoden bearbeiten können.

(2) Als schriftliche Prüfungsleistungen gelten: Klausuren (mindestens 90, maximal 240 Minuten Prüfungsdauer), Hausarbeiten, schriftliche Bearbeitungen von Übungs- und Lernaufgaben, Literaturanalysen oder Dokumentationen, Arbeitsberichte, Online-Präsentationen und andere adäquate Formen.

(3) Schriftliche Prüfungsleistungen können als Gruppenarbeiten oder Einzelarbeiten erfolgen. Bei Gruppenarbeiten muss der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar sein. Klausuren sind nur als Einzelleistung zu erbringen.

(4) Schriftliche Prüfungsleistungen werden von einem/einer Prüfenden bewertet. Werden in einem Prüfungsbereich mehrere Teilgebiete übergreifend geprüft, kann die Prüfungsaufgabe von mehreren Prüfenden gestellt und bewertet werden. Die Gesamtnote errechnet sich aus dem einfachen Durchschnitt der Noten der einzelnen Bewertungen. Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(5) Bei Wiederholung einer schriftlichen Prüfungsleistung ist diese mindestens von zwei Prüfenden zu bewerten, wenn der Studierende dies beim Prüfungsausschuss schriftlich beantragt. Die Bewertung erfolgt analog § 20,1-3.

(6) Schriftliche Prüfungsleistungen sollen innerhalb von vier Wochen bewertet und die Note schriftlich dokumentiert werden.

§ 14

Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet, wenn sie an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland in einem vergleichbaren Studiengang erbracht wurden und in den Anforderungen denjenigen dieses Studienganges entsprechen.

(2) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Studiengängen, die nicht unter Absatz 1 fallen, werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit gegeben ist. Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sind gleichwertig, wenn sie in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des weiterbildenden Masterstudiengangs Gerontologie im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. Das europäische Kredittransfer-System wird hierbei berücksichtigt.

(3) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die bereits Bestandteil des ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses sind, der nach § 5 Voraussetzung für die Zulassung ist, werden in der Regel nicht anerkannt. In begründeten Ausnahmen kann der Prüfungsausschuss auf Antrag der oder des Studierenden Studienleistungen und/oder Prüfungsleistungen des ersten berufsqualifizierenden Studienganges anerkennen, wenn dessen Regelstudienzeit länger als drei Studienjahre beträgt und diese Studienleistungen und/oder Prüfungsleistungen in den Anforderungen denjenigen des Masterstudienganges entsprechen.

(4) Für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien sowie in Einrichtungen gemäß § 1(2) BbgHG gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.

(5) Die Anrechnung der Masterarbeit einschließlich des Masterkolloquiums und der Masterpräsentation ist ausgeschlossen.

(6) Werden Studienleistungen und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen.

(7) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 4 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. Die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die in der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen durch den Prüfungsausschuss des Studienganges. Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Über die Anrechnung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgestellt.

§ 15

Zulassung zur Masterprüfung

(1) Zur Masterprüfung wird zugelassen, wer:

- a) einen Nachweis über die Entrichtung der Prüfungsgebühr erbracht hat,
- b) sämtliche studienbegleitenden Prüfungsleistungen bestanden hat,
- c) einen schriftlichen Antrag auf Zulassung fristgemäß beim Prüfungsausschuss gestellt hat. Die Antragsfrist wird jeweils vom Prüfungsausschuss festgesetzt.

(2) Folgende Unterlagen sind dem Antrag beizufügen, soweit sie dem Prüfungsamt noch nicht vorliegen:

- a) Nachweise gemäß Absatz 1a)
- b) Vorschlag zum Thema der Masterarbeit
- c) eine Erklärung über einen etwaigen Versuch zur Bearbeitung einer Masterprüfung im selben Studiengang oder an einer anderen Hochschule im gleichen Studiengang
- d) ein Vorschlag für den/ die Hauptprüfer/in und der/die Zweitprüfer/in

(3) Der/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann auf Antrag die Zulassung auch dann erteilen, wenn noch maximal das Bestehen zweier studienbegleitender Prüfungsleistungen offen ist. Die Arbeiten zur Masterprüfung dürfen dadurch nicht beeinträchtigt werden.

(4) Über die Zulassung entscheidet die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

(5) Alle Teile der Masterprüfung können auch als Gruppenleistungen erbracht werden, sofern die als Prüfungsleistung zu bewertenden Beiträge der einzelnen Studierenden eine eindeutige Abgrenzung und individuelle Bewertung ermöglichen.

§ 16 Masterprüfung

- (1) Die Masterprüfung besteht aus
- a) dem im Masterkolloquium zu diskutierenden Design gemäß § 17
 - b) der schriftlichen Masterarbeit gemäß § 18
 - c) der mündlichen Präsentation und Diskussion gemäß § 19.

(2) In dieser Prüfung sollen Studierende nachweisen, dass sie die für die Berufspraxis und/oder ein Promotionsvorhaben notwendigen vertieften Fachkenntnisse und entsprechende wissenschaftliche Kompetenzen erworben haben, Zusammenhänge überblicken und wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden anwenden können.

(3) Das Thema der Masterarbeit wird vom Prüfungsausschuss ausgegeben. Weicht das Thema vom Vorschlag der/ des Studierenden ab, so ist er/ sie vor Ausgabe des Themas zu hören. Das Thema kann nur einmal und innerhalb einer Frist von vier Wochen zurückgegeben werden. Die Urkundenvergabe nach § 16 Abs. 5 verschiebt sich zeitlich entsprechend. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist jeweils aktenkundig zu machen.

(4) Alle Teile der Masterprüfung werden von zwei Prüfenden bewertet, von denen eine/r der/die Hauptbetreuer/in der Masterarbeit ist. Beide Prüfenden werden bei der Ausgabe des Themas vom Prüfungsausschuss bestimmt. Unter den Prüfenden muss mindestens ein/e Professor/in aus dem Studiengang sein.

(5) Die Masterprüfung erstreckt sich über sechs Monate. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Masterprüfung sind von den Prüfenden so zu begrenzen, dass die Urkundenvergabe zum Ende des Mastermoduls erfolgen kann.

(6) Alle Teile der Masterprüfung müssen mit mindestens „ausreichend“ bewertet werden, damit die Prüfung als „bestanden“ anerkannt wird.

§ 17 Masterkolloquium

(1) Im Masterkolloquium sollen die Studierenden vertiefte Fachkenntnisse im Themenfeld der Masterarbeit nachweisen, indem sie das Design den Mitstudierenden des Mastermoduls und den Gutachtern/innen präsentieren und mit ihnen diskutieren. Gleichzeitig dient das Masterkolloquium der Weiterentwicklung von Reflexions-, Gesprächs- und Methodenkompetenzen.

(2) Spätestens zwei Wochen vor dem Prüfungstermin wird über den Prüfungsplan zum Masterkolloquium informiert. Der Prüfungsplan enthält:

- a) Tag und Uhrzeit der Prüfung,
- b) Angabe des Raumes, in dem die Prüfung stattfindet und

c) Namen der Prüfenden

Die Anmeldung erfolgt durch die Anwesenheit bei Prüfungsbeginn. Ein Nichterscheinen ohne triftigen Grund gilt als Versäumnis der Prüfung gemäß § 21.

(3) Das individuelle Kolloquium darf 60 Minuten nicht unter- und 90 Minuten nicht überschreiten.

(4) Die wesentlichen Inhalte, Ergebnisse und Vorkommnisse im Kolloquium sind zu protokollieren. Die Beurteilung ihrer Kolloquiumsergebnisse ist den Studierenden binnen Wochenfrist mitzuteilen.

(5) Die Beurteilung geht zu 20% in die Bewertung der Masterprüfung ein.

§ 18

Schriftliche Masterarbeit

(1) Die schriftliche Masterarbeit ist nach erfolgreicher Teilnahme am Masterkolloquium in drei ausgedruckten und gebundenen Exemplaren sowie digital in PDF-Format fristgemäß beim Prüfungsamt einzureichen; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Bei der Abgabe der schriftlichen Masterarbeit haben die Studierenden schriftlich zu versichern, dass sie ihre Arbeit – bei einer Gruppenarbeit ihren entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie Zitate und inhaltliche Anlehnungen kenntlich gemacht haben.

(2) Im Ausnahmefall kann der Prüfungsausschuss auf begründeten Antrag und mit Zustimmung der Prüfenden die Bearbeitungszeit um höchstens vier Wochen verlängern. Krankheitszeiten während der Bearbeitungszeit sind dem Prüfungsausschuss durch ärztliches Attest unverzüglich nachzuweisen. Die Urkundenvergabe nach § 16 Abs. 5 verschiebt sich zeitlich entsprechend. Führen durch ärztliches Attest nachgewiesene krankheitsbedingte Ausfallzeiten, die zusammenhängend über mehr als vier Wochen hinausgehen, zu einer nicht termingerechten Abgabe der Masterarbeit, gilt diese als "nicht geschrieben". Die Masterarbeit muss mit einem neuen Themenvorschlag beim Prüfungsausschuss beantragt werden. In diesem Fall wird der wegen zu langer Krankheit abgebrochene Versuch nicht auf die Wiederholungsmöglichkeit angerechnet.

(3) Die schriftliche Masterarbeit ist von zwei Prüfenden gemäß § 20 zu bewerten. Die Bewertung der Masterarbeit ist schriftlich in einem Gutachten zu begründen. Die/der zweite Prüfende kann sich der schriftlichen Beurteilung durch den Betreuenden anschließen, doch muss dies im Gutachten vermerkt werden. Bei Nichtübereinstimmung der Bewertungen wird die Note aus dem arithmetischen Mittel der beiden Einzelnoten gebildet. Beträgt die Differenz zwischen den Einzelnoten 2,0 und mehr, wird vom Prüfungsausschuss eine dritte Person als Prüfende/r bestellt. Die Note wird dann aus dem arithmetischen Mittel aller drei Bewertungen gebildet. Das Bewertungsverfahren soll vier Wochen nicht überschreiten.

(4) Die Beurteilung geht zu 65 Prozent in die Bewertung der Masterprüfung ein.

§ 19

Mündliche Präsentation der schriftlichen Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit wird nach Bekanntgabe der Note in einer öffentlichen Präsentation, bei der auch die Eigenständigkeit der Leistung überprüft wird, zur Diskussion gestellt. Mit Zustimmung der Studierenden kann Öffentlichkeit hergestellt werden. Die Präsentation darf erst stattfinden, wenn alle übrigen Prüfungsleistungen erbracht sind. Die mündliche Präsentation dauert mindestens 30 Minuten, höchstens 45 Minuten, mit der anschließenden Diskussion nicht länger als 60 Minuten.

(2) Die wesentlichen Inhalte, Ergebnisse und Vorkommnisse sind zu protokollieren. Die Beurteilung der mündlichen Präsentation ist den Studierenden im Anschluss daran bekannt zu geben.

(3) Das Ergebnis der mündlichen Präsentation wird zu 15 Prozent in die Bewertung der Masterprüfung einbezogen.

§ 20 **Bewertung von Prüfungsleistungen**

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfenden festgesetzt. Wird eine Leistung durch mehrere Prüfende bewertet, errechnet sich die Note aus dem einfachen Durchschnitt der Noten der einzelnen Bewertungen.

Für die Bewertung der Leistungen sind folgende Noten zu verwenden:

| | | |
|-----------------------|---|--|
| sehr gut (1) | = | eine hervorragende Leistung, |
| gut (2) | = | eine Leistung, die über den durchschnittlichen Anforderungen liegt, |
| befriedigend (3) | = | eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen entspricht, |
| ausreichend (4) | = | eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt, |
| nicht ausreichend (5) | = | eine Leistung, die wegen ihrer erheblichen Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt. |

(2) Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können einzelne Noten um 0,3 auf Zwischenwerte angehoben oder abgesenkt werden. Die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.

(3) Wird ein Modul mit mehreren Prüfungsleistungen abgeschlossen, errechnet sich die Modulnote aus dem Durchschnitt der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen. Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Modulnote lautet:

| | |
|---|---------------------|
| bei einem Durchschnitt bis einschließlich 1,5 | = sehr gut |
| bei einem Durchschnitt von 1,6 bis einschließlich 2,5 | = gut |
| bei einem Durchschnitt von 2,6 bis einschließlich 3,5 | = befriedigend |
| bei einem Durchschnitt von 3,6 bis einschließlich 4,0 | = ausreichend |
| bei einem Durchschnitt ab 4,1 | = nicht ausreichend |

(4) Es werden für bestandene Prüfungsleistungen Leistungspunkte entsprechend dem European Credit Transfer System (ECTS) pro Studienmodul vergeben, deren Umfang aus Anlage 2 ersichtlich ist.

(5) Die Gesamtnote aller Prüfungsleistungen setzt sich aus dem Durchschnitt der zweifach gewichteten Modulnoten und der einfach gewichteten Note der Masterprüfung zusammen. Die Note der Masterprüfung einschließlich des Kolloquiums und der mündlichen Präsentation wird gemäß den §§ 17-19 errechnet. Die Gesamtnote wird ebenfalls gemäß Absatz 3 gebildet.

(6) Die Gesamtnote der Masterprüfung wird zusätzlich durch eine relative Note nach der ECTS-Bewertungsskala ergänzt. Die ECTS-Note bzw. die Bewertungsskala setzt die Leistungen der Studierenden in einen ordinalen Vergleich. Die Studierenden erhalten folgende Noten (vgl. Entschließung des 98. Senats der HRK vom 10.02.2004):

| | | | | |
|------|-----------------|------|-----------------|--------------|
| A | die besten | 10 % | Hervorragend | Excellent |
| B | die nächsten | 25 % | Sehr gut | Very good |
| C | die nächsten | 30 % | Gut | Good |
| D | die nächsten | 25 % | Befriedigend | Satisfactory |
| E | die nächsten | 10 % | Ausreichend | Sufficient |
| FX/F | nicht bestanden | | nicht bestanden | Fail |

§ 21

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn Studierende einen bindenden Prüfungstermin ohne triftigen Grund versäumt haben oder sie von einer angetretenen Prüfung ohne triftigen Grund zurücktreten. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgesehenen Bearbeitungszeit erbracht wird.
- (2) Der für einen Rücktritt oder ein Versäumnis geltend gemachte Grund muss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des/ der Studierenden ist unverzüglich eine Krankschreibung vorzulegen. Eine Krankschreibung, deren Beginn innerhalb der Bearbeitungszeit einer schriftlichen Prüfungsleistung liegt, verlängert die Bearbeitungsfrist um maximal 14 Tage. In Zweifelsfällen kann ein amtsärztliches Attest auf Kosten des/der Studierenden verlangt werden. Zweifelsfälle ergeben sich insbesondere dann, wenn eine wiederholte Prüfungsunfähigkeit geltend gemacht wird. Soweit die Einhaltung von Fristen für die erstmalige Meldung zur Prüfung, die Wiederholung von Prüfungen, die Gründe für das Versäumnis von Prüfungen und die Einhaltung von Bearbeitungszeiten für Prüfungsarbeiten betroffen sind, steht der Krankheit des/der Studierenden die Krankheit eines von ihm/ihr überwiegend allein zu versorgenden Kindes gleich. Wird der Grund anerkannt, so wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.
- (3) Versucht der/die Studierende, das Ergebnis seiner/ihrer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen oder wird zum Zweck der bewussten Täuschung geistiges Eigentum anderer verletzt bzw. publiziertes Material Dritter ohne Angabe der Quellen/ Autorenschaft verwendet und als eigene Leistung eingereicht (Plagiat), gilt die entsprechende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" bewertet; in besonders schweren Fällen kann der Prüfungsausschuss den/die Studierende/n von weiteren Prüfungsleistungen ausschließen. Wer den ordnungsgemäßen Ablauf des Prüfungstermins stört, kann vom Prüfen von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die Prüfung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.
- (4) Entscheidungen gemäß den Absätzen 1-3 sind der/dem Studierenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 22

Wiederholung von Prüfungen

- (1) Nicht bestandene studienbegleitende Prüfungsleistungen können einmal wiederholt werden. Die Wiederholung einer bestandenen studienbegleitenden Prüfungsleistung ist nicht zulässig. Fehlversuche an anderen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland müssen vom Studierenden angezeigt werden und sind auf den Prüfungsanspruch anzurechnen.
- (2) Setzt sich eine Modulnote aus mehr als einer Prüfungsleistung zusammen, kann eine einzelne, nicht mit mindestens "ausreichend" (4,0) bewertete, Prüfungsleistung einmal wiederholt werden.
- (3) Die Wiederholungsprüfung ist spätestens im Rahmen der Prüfungstermine des jeweils folgenden Semesters abzulegen. Wird die Frist für die Durchführung der Wiederholungsprüfung versäumt, erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, das Versäumnis ist von der zu prüfenden Person nicht zu vertreten.
- (4) Der Prüfungsausschuss kann eine spätere Wiederholung einer nicht bestandenen studienbegleitenden Prüfungsleistung zulassen, wenn die bisherigen Studienleistungen insgesamt die Erwartung begründen, dass das Studium erfolgreich abgeschlossen werden kann **und** nachgewiesen ist, dass infolge einer wesentlichen Behinderung in der Wiederholungsprüfung ein besonderer Härtefall vorliegt. Absatz 3 gilt entsprechend.
- (5) Alle Teile der Masterprüfung können jeweils nur einmal wiederholt werden - die Urkundenvergabe nach § 16 Abs. 5 verschiebt sich zeitlich entsprechend - :

- a) Ein nicht bestandenenes Masterkolloquium kann in einem Zeitraum von vier Wochen einmal wiederholt werden. Wird das Kolloquium bei der Wiederholung nicht bestanden, ist die Masterprüfung nicht bestanden. Innerhalb von drei Monaten nach schriftlicher Mitteilung über das Nichtbestehen kann eine neue Masterarbeit beantragt werden.
- b) Bei einer nicht bestandenen schriftlichen Masterarbeit kann innerhalb von drei Monaten nach schriftlicher Mitteilung über das Nichtbestehen eine Masterarbeit mit einer neuen Themenstellung beantragt werden.
- c) Die nicht bestandene mündliche Präsentation der schriftlichen Masterarbeit kann in einem Zeitraum von vier Wochen einmal wiederholt werden. Wird eine mündliche Präsentation bei der Wiederholung nicht bestanden, ist die Masterprüfung nicht bestanden. Innerhalb von drei Monaten nach schriftlicher Mitteilung über das Nichtbestehen kann eine neue Masterarbeit beantragt werden.

§ 23

Ungültigkeit der Prüfungsleistungen

- (1) Hat der/die Studierende bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses und der Urkunde bekannt, so wird die entsprechende Prüfungsleistung für „nicht bestanden“ (5,0) erklärt, das Zeugnis und die Urkunde eingezogen.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Abnahme der Masterprüfung nicht erfüllt, ohne dass die/der Betreffende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der fraglichen sonstigen Prüfungsleistungen behoben.
- (3) Hat der/die Betreffende vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, dass er/sie die Masterprüfung ablegen konnte, so kann die Masterprüfung für „nicht bestanden“ (5,0) erklärt werden. Der Prüfungsausschuss entscheidet nach Anhörung des/der Studierenden.
- (4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und ggf. ein neues zu erteilen. Mit dem Zeugnis ist auch die Urkunde über den Erwerb des akademischen Titels „Master of Arts“ einzuziehen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 ist nach einer Frist von 10 Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen. Für diesen Zeitraum sind die Masterarbeit, die Gutachten und Prüfungsprotokolle beim Prüfungsamt aufzubewahren.

§ 24

Zeugnis und Diploma Supplement

- (1) Über die bestandene Masterprüfung ist zeitnah nach Ende der letzten Prüfung, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis auszustellen. Das Abschlusszeugnis wird von dem/der Dekan/in unterschrieben. Es trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde.
- (2) Das Zeugnis über die bestandene Masterprüfung im Studiengang Gerontologie enthält:
 - a) die Gesamtnote,
 - b) Thema und Noten der drei Bestandteile der Masterprüfung,
 - c) die Modulbezeichnungen mit Noten,
 - e) die erworbenen Leistungspunkte.
- (3) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird ein Diploma Supplement ausgestellt. Als Darstellung des nationalen Bildungssystems ist der zwischen KMK und HRK abgestimmte Text in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden. Das Diploma Supplement informiert über den individuellen Studienverlauf, absolvierte Lehrveranstaltungen und Module, die während des Studienganges erbrachten Leistungen und deren Bewertungen und über das individuelle Profil des absolvierten Masterstudienganges Gerontologie.
- (4) Die dafür notwendigen Angaben hat der/die Studierende bei der das Zeugnis ausstellenden Stelle vorzulegen.

§ 25 Urkunde

(1) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird eine Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des Grades eines „Master of Arts“ beurkundet.

(2) Die Urkunde wird vom Präsidenten bzw. der Präsidentin und dem/der Dekan/in unterschrieben. Die Urkunde wird mit dem Siegel der Hochschule versehen.

§ 26 Zertifikat

(1) Ein Zertifikat über ein Studium im Masterstudiengang Gerontologie kann erteilt werden, wenn die in § 15 Abs. 1 b geforderten Voraussetzungen erfüllt sind. Das Zertifikat gibt auf Wunsch des/der Studierenden Auskunft über den Notendurchschnitt der studienbegleitenden Prüfungsleistungen und die Bezeichnung der absolvierten Module. Das Zertifikat erhalten Studierende, deren Masterprüfung erstmals oder bei der Wiederholung mit „nicht ausreichend“ bewertet wurde.

(2) Die Ausstellung eines Zertifikats erfolgt auf Antrag des/der Studierenden an den Prüfungsausschuss. Ein Zertifikat wird nur gefertigt, wenn ein Zeugnis nach § 24 nicht erteilt werden kann.

§ 27 Modulbescheinigung

Auf Antrag an den Prüfungsausschuss können Modulbescheinigungen bei erfolgreichem Abschluss einzelner Module erteilt werden, wenn die in § 13 geforderten Voraussetzungen erfüllt sind. Die Bescheinigung gibt auf Wunsch Auskunft über die Modulnote und die Modulbeschreibung.

§ 28 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Die Einsichtnahme in Prüfungsunterlagen von studienbegleitenden Prüfungsleistungen ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses von dem/der Studierenden beim Prüfungsausschuss zu beantragen.

(2) Die Einsichtnahme in die schriftliche Masterarbeit, die Gutachten der Prüfenden und die Protokolle des Kolloquiums und der mündlichen Präsentation ist binnen eines Monats nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses oder der schriftlichen Mitteilung über das endgültige Nichtbestehen der Masterprüfung von dem/der Absolventen/in beim Prüfungsausschuss zu beantragen.

§ 29 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe im Mitteilungsblatt der Hochschule Lausitz (FH) in Kraft. Die Studien- und Prüfungsordnung wurde durch den Fachbereichsrat des Fachbereiches Sozialwesen am 19.12.2007 erlassen, am 15.08.2008 dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur angezeigt, und durch den Präsidenten der Hochschule Lausitz (FH) nach erfolgter Akkreditierung des Studienganges genehmigt.

Senftenberg, 17. März 2009

Der Präsident
Prof. Dr. Günter H. Schulz

Anlage 1 zur SPO Masterstudiengang Gerontologie, Fachbereich Sozialwesen, Hochschule Lausitz (FH)

**Eignungsfeststellung
für den Masterstudiengang Gerontologie der Hochschule Lausitz (FH)**

1. Zweck der Feststellung

Die Qualifikation für den Masterstudiengang Gerontologie setzt neben den Voraussetzungen nach § 5 Abs. 1 (a) und (b) den Nachweis der Eignung gemäß § 5 Abs. 1 (c) der Prüfungs- und Studienordnung folgende Regelungen voraus:

2. Verfahren zur Feststellung der Eignung

2.1 Das Verfahren zur Eignungsfeststellung wird jeweils im Wintersemester durch den Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Lausitz (FHL) durchgeführt.

2.2 Der Antrag auf Zulassung zum Feststellungsverfahren für das folgende Sommersemester ist im Wintersemester davor zu stellen. Die jeweilige Antragsfrist wird auf der Hochschuleseite und der Fachbereichsseite im Internet bekannt gegeben.

2.3 Dem Antrag sind beizufügen:

- ein tabellarischer Lebenslauf
beglaubigte Nachweise über
- ein erfolgreich abgeschlossenes Hochschulstudium,
- eine nach dem berufsqualifizierenden Hochschulabschluss abgeleistete, mindestens einjährige Berufstätigkeit im sozialwissenschaftlichen, gesundheitswissenschaftlichen bzw. erziehungswissenschaftlichen Bereich oder, bei Antrag auf Ausnahme, passende praktische Tätigkeiten, Projekte, Praktika u. ä. in angemessenem Umfang; Studierende mit Berufserfahrung in anderen Bereichen legen Nachweise über eine nach dem berufsqualifizierenden Hochschulabschluss abgeleistete i.d.R. mindestens dreijährige Berufstätigkeit vor oder weisen, bei Antrag auf Ausnahme, passende praktische Tätigkeiten, Projekte, Praktika u. ä. in angemessenem Umfang nach;
- eine schriftliche Begründung für die Wahl des Studiengangs,
- eine schriftliche Versicherung, dass bisher kein erfolgloser Versuch einer Masterprüfung in einem vergleichbaren Studiengang unternommen wurde.

3. Kommission zur Eignungsfeststellung

Die Eignungsfeststellung wird von einer Kommission durchgeführt, der die/der Beauftragte für den Masterstudiengang und ein/e am Studiengang beteiligte/r akademische/r Mitarbeiter/in sowie eine weitere Person, die Lehraufgaben erfüllt und die der/die Beauftragte/r benennt, angehören.

4. Zulassung zum Feststellungsverfahren

4.1 Die Zulassung zum Feststellungsverfahren setzt voraus, dass die in Ziffer 2.3 genannten Unterlagen fristgerecht und vollständig vorliegen.

4.2 Bewerberinnen und Bewerber, die zugelassen werden, erhalten eine schriftliche Mitteilung, in der der Termin für ein mündliches Prüfungsgespräch gemäß Ziffer 5 bekannt gegeben wird. Die Bekanntgabe erfolgt mindestens eine Woche vor dem Termin.

4.3 Bewerber, die nicht zugelassen werden, werden schriftlich benachrichtigt.

5. Umfang und Inhalt des Feststellungsverfahrens

5.1 Das Feststellungsverfahren besteht aus einem Prüfungsgespräch. Im Rahmen dieser Prüfung soll die Eignung der Bewerberin/ des Bewerbers für den Studiengang insbesondere anhand folgender Kriterien festgestellt werden:

- Interesse an einer Verknüpfung von theoretisch-wissenschaftlicher Arbeit mit praktischen Aufgabenstellungen
- Interesse an der interdisziplinären Entwicklung von Lösungskonzepten für praxisbezogene Aufgabenstellungen in Gruppenprozessen
- Persönliche, berufsbezogene Zielsetzungen, die mit dem angestrebten Studium verbunden sind
- Erfahrungen mit dem und Motivation zum selbst organisierten Lernen
- Bereitschaft zur internationalen Kooperation im Rahmen des Studiums.

5.2 Die Prüfung wird jeweils von zwei Mitgliedern der Kommission durchgeführt.

6. Feststellung und Bekanntgabe des Ergebnisses

6.1 Das Prüfungsgespräch ist nur bestanden, wenn die Urteile zweier Prüfer „bestanden“ lauten.

6.2 Das Urteil der Kommission lautet unter Berücksichtigung der Note des ersten qualifizierenden Hochschulabschlusses sowie der Ergebnisse des Prüfungsgesprächs „aufgenommen“ oder „nicht aufgenommen“.

6.3 Das Ergebnis des Feststellungsverfahrens wird der Bewerberin/ dem Bewerber schriftlich unter Angabe der Widerspruchsfrist mitgeteilt.

7. Niederschrift

Über den Ablauf des Feststellungsverfahrens ist eine Niederschrift anzufertigen, aus der Tag und Ort der Feststellung, die Namen der Kommissionsmitglieder und der Prüfenden, der Name des Bewerbers/der Bewerberin und die Beurteilung der Prüfenden sowie das Gesamtergebnis ersichtlich sein müssen.

Anlage 2 zur Studien- und Prüfungsordnung Master-Studienganges Gerontologie, Fachbereich Sozialwesen, Hochschule Lausitz (FH) – Tabelle 1

| Nr. | Modulname | LP | P STD | S STD | Prüfungsleistung |
|------------|---|-----------|------------------|------------------|--------------------------------------|
| | 1. Semester | | | | |
| M1 | Alt werden – Alt sein Herausforderungen und Konsequenzen | 8 | 64 | 176 | mdl. Prüfungsleistung |
| M2 | Altern und Gesundheit | 7 | 56 | 154 | schriftl. Prüfungsleistung |
| M3 | Praxisprojekt Ia | 3 | 24 | 66 | |
| | 2. Semester | | | | |
| M4 | Ältere Menschen im Gesundheits- und Sozialsystem | 5 | 56 | 94 | schriftl. Prüfungsleistung |
| M5 | Lebensweltorientierung, Stadtteilarbeit, Stadtentwicklung | 5 | 40 | 110 | schriftl. Prüfungsleistung |
| M6 | Bildung | 5 | 40 | 110 | schriftl. Prüfungsleistung |
| M3 | Praxisprojekt Ib | 3 | 24 | 66 | schriftl. Prüfungsleistung |
| | 3. Semester | | | | |
| M7 | Selbstorganisation und Netzwerkarbeit | 5 | 40 | 110 | schriftl. oder mdl. Prüfungsleistung |
| M8 | Ältere Menschen als Ressource in der Arbeitswelt | 5 | 40 | 110 | schriftl. oder mdl. Prüfungsleistung |
| M9 | Organisationen, Management und Qualität | 5 | 40 | 110 | schriftl. und mdl. Prüfungsleistung |
| M10 | Praxisprojekt IIa | 3 | 32 | 58 | |
| | 4. Semester | | | | |
| M11 | Management und Recht, Controlling und Marketing | 5 | 40 | 110 | schriftl. oder mdl. Prüfungsleistung |
| M12 | Ältere Menschen im wirtschaftlichen Kontext | 5 | 40 | 110 | schriftl. oder mdl. Prüfungsleistung |
| M13 | Altern in Europa | 5 | 48 | 102 | schriftl. oder mdl. Prüfungsleistung |
| M10 | Praxisprojekt IIb | 3 | 24 | 66 | mdl. und schriftl. Prüfungsleistung |
| | 5. Semester | | | | |
| M14 | Masterkolloquium | 3 | 8 | 82 | mdl. Prüfungsleistung |
| | Masterarbeit und mündliche Präsentation | 15 | 8 | 442 | schriftl. und mdl. Prüfungsleistung |

LP = Leistungspunkte P = Präsenzstudium S = Selbststudium STD = Stunden